

Daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht das Geringste zu tun haben, wird auch dadurch verdeutlicht, daß der Passus im AFG, der noch ausdrücklich besagte, daß eine Voraussetzung für die Förderung der Schaffung von ABM-Arbeitsplätzen dann vorliegt, wenn »dadurch ... Dauerarbeitsplätze geschaffen werden« (§ 91 Abs. 3) seit dem 1. 1. 77 ersatzlos gestrichen worden ist, so daß über eine immer mehr zum Nachteil der Arbeitslosen ausgeweitete Zumutbarkeitsklausel ABM-Einsatz angeordnet werden kann.

In welchem Ausmaß die Arbeitslosenversicherung, die 90 Prozent der ABM-Löhne zahlt, zweckentfremdet wird, belegen folgende Zahlen: betrogen die Haushaltsausgaben der Bundesanstalt für Arbeit 1976 für ABM noch 170 Millionen, so hat sich diese Ausgabe im Laufe nur eines Jahres mehr als verdreifacht (1977: 580 Millionen), und für 1978 ist bereits eine Milliarde eingeplant.

Doch unter den ABM-Kräften wächst auch die Unzufriedenheit und Empörung über die perspektivlose Maßnahme der Arbeits-'beschaffung', die nichts an ihrer Arbeitslosigkeit ändert, sondern daraus noch Kapital schlägt.

Die Dienstherren versuchen in dieser Lage verschärften Existenzdrucks die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, indem sie die unterbezahlten und entrechteten ABM-Angestellten als Konkurrenz gegen die Festbeschäftigten einsetzen, um den Druck auf das Lohnniveau immer mehr zu verstärken. Speziell in den Bereichen Büro/Verwaltung, wo eine besonders extreme Ausweitung des ABM-Programmes stattfindet, zeigt sich der Zusammenhang mit den fortschreitenden Rationalisierungsmaßnahmen: die Lücken, die hier durch den Einstellungsstopp gerissen werden, werden mit ABM- oder Zeitarbeitskräften besetzt, steigender Arbeitsanfall wird immer mehr statt durch die Einrichtung entsprechender neuer Planstellen mit Hilfe von billigen ABM-Kräften aufgefangen. Für die Festbeschäftigten bedeutet dies, daß sich auch ihre eigene Arbeitsplatzsicherheit durch den zunehmenden Einsatz von ABM-, Leih- und anderen Zeitarbeitskräften verringert.¹

Die Zusammenhänge zwischen ABM und wachsender Rationalisierung, Lohnabbau und zunehmender Rechtlosigkeit im öffentlichen Dienst erkennen immer mehr Kollegen, und deshalb wächst der Widerstand auch der Festangestellten gegen das ABM-Programm.

Die Unzufriedenheit der ABM-Kräfte drückt sich darin aus, daß sie sich zu immer größeren Teilen gewerkschaftlich organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen, außerdem steigt die Zahl der Prozesse, mit denen sie auf gleiche Bezahlung oder auf gleiche Arbeitsbedingungen (z. B. Festeinstellung) klagen. Dazu kommt, daß die Zeitung der ABM-Initiative, »Die ABM-Nachrichten«, mit großem Interesse von den betroffenen Kollegen aufgenommen wird und daß Aktivitäten gegen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Berliner Senats zunehmen: z. B. zwei Rundfunkinterviews in den letzten sechs Monaten, Presseerklärungen, offene Briefe an Minister, öffentliche Diskussionen bei Wahlveranstaltungen mit den zuständigen Senatoren, die Durchführung einer Versammlung während der Dienstzeit, an der sich sogar ältere, politisch bisher völlig inaktive ABMler beteiligt haben.

So kam ich ins ABM-Programm

Sommer 1975: Staatsexamen, Bewerbung im Staatsdienst für den zweiten, praktischen Teil der Ausbildung, Ablehnung (»... anderen Bewerbern wurde der Vorzug gegeben.«), Arbeitslosmeldung. Erstmals dauerte es zwei Monate, bis ich Arbeitslosengeld bekam; um es zu bekommen, mußte ich unterschreiben, daß ich den Staatsdienst nicht mehr anstrebe, denn sonst hätte ich angeblich nicht auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden. Ich kann noch von Glück sagen, daß ich während des Studiums gearbeitet und deshalb einen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe, was bei den meisten

meiner Kommilitonen nicht der Fall ist. Trotzdem muß ich erst mal zum Sozialamt, bis das Arbeitsamt sich ausgemährt hat und es ist schwierig, wenigstens Sozialhilfe zu bekommen.

Nach zwei Monaten bekomme ich das erste Geld vom Arbeitsamt: ca. DM 66,- Arbeitslosenhilfe pro Woche. Ich denke, ich spinne! Ich lege den ersten Widerspruch ein und bestehe auf Arbeitslosengeld, das mir zusteht. Resultat: ich bekomme wenigstens DM 225,60 pro Woche, aber erst vier Monate nach Arbeitslosmeldung. Da ist mein Anspruch auf Arbeitslosengeld auch schon erschöpft, und ich beantrage Arbeitslosenhilfe: noch nicht mal 100 Mark bekomme ich pro Woche, u. a. auch, weil meine Oma mir angeblich 20 Mark dazugeben hat, weil sie soo viel Rente kriegt. Zweiter Widerspruch: jetzt bekomme ich sogar weniger als 90 Mark die Woche! Dritter Widerspruch unter Nachreichung eines Formblattes namens »Aufstellung über monatliche Ausgaben« für jeden meiner 'unterhaltspflichtigen' Angehörigen mit eigenem Einkommen (auf die Existenz dieses Formblattes war ich nur gestoßen, weil ich bei meinen Widersprüchen immer wieder darauf bestanden hatte, daß vor allem die finanziellen Verpflichtungen meines Vaters berücksichtigt werden müßten; schließlich wurde es mir irgendwann zugeschickt). Jetzt sind's wieder knapp 100 DM. Auf den vierten Widerspruch hin werde ich zum Arbeitsamt bestellt, und erfahre dort von einem bei der Widerspruchsstelle beschäftigten ABM-Angestellten, der selbst um seine Festeinstellung klagt, daß ich so wenig erhalten hätte, weil ich es versäumt habe, die auf der »Aufstellung über monatliche Ausgaben« aufgeführten Beträge zu belegen. Daß das nötig war, hatte mir natürlich niemand gesagt, dazu muß man schon einen aufmüpfigen ABMler beim Arbeitsamt treffen. Das Resultat, nachdem ich einen Paken Belege nachgeliefert habe, ist schließlich, daß die gesamte Berechnung umgeworfen werden muß, denn zusätzlich hatte sich beim Besuch herausgestellt, daß die Oma von ihrer Kriegerwitwenrente nichts abzugeben braucht und einer meiner Brüder, der von meinen Eltern unterhalten wird, bisher bei der Berechnung der Freibeträge nicht berücksichtigt worden ist, und ich bekomme rückwirkend ca. 200 Mark pro Woche, aber erst ein Jahr nach dem Beginn des Bezuges von Arbeitslosenhilfe!

Ein halbes Jahr später ziehe ich um: das Geld bleibt aus, und ich muß selbst zum Arbeitsamt gehen, um mitzuhelfen, meine Akte dort wieder auszugraben, damit sie zum dann zuständigen Arbeitsamt geschickt werden kann. Immer noch kein Geld, aber Besuch bekomme ich, von einem Herrn vom Arbeitsamt, der, wie er sagt, meine Verfügbarkeit überprüfen will. Wir plaudern ein wenig, ja, ja. Ein paar Tage später werde ich in ABM zugewiesen.

Das erste, was ich wissen will, ist, wie mein Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe nach ABM aussieht, denn ich werde erheblich weniger verdienen. Ich habe vom 4. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes gehört, demzufolge eine kurzfristige geringer entlohnte Beschäftigung sich nicht negativ auf die Höhe von Arbeitslosengeld und -hilfe auswirken soll, aber mein Vermittler weiß von nichts, und bei der Leistungsstelle muß ich erst eine Brüllerei mit einem wichtigerischen Schreibtischhocker durchstehen, bevor ich mit jemandem sprechen darf, der so tut, als ob er was weiß, vielleicht weiß er auch, aber ich erfahre nichts, als daß ich ja hinterher sehen werde, ob's weniger geworden ist. Und wenn ich ablehne, kann ich natürlich möglicherweise eine Sperre kriegen, auch wenn ABM für mich langfristige finanzielle Nachteile hat, aber genauer kann mir das auch niemand sagen. Ich habe volle Entscheidungsfreiheit.

Da rufen mich meine Eltern aus Westdeutschland an: da sei jemand eigens vom 50 km entfernten Arbeitsamt zu ihnen gereist, habe nach meinem Vater gefragt, sich ein wenig umgesehen, und dann den Einkommensermittlungsbogen, den ich sonst immer meinen Eltern zugeschickt hatte, dortgelassen. Ich rege mich fürchterlich auf, spreche mit dem verantwortlichen Sachbearbeiter der Leistungsstelle, mache ihn an, und er erklärt, er habe »gedacht«, ich hätte sonst immer Schwierigkeiten gehabt, die Einkommenserklärung von meinen Eltern zu erhalten, was natürlich nie der Fall war.

Und, wohlgemerkt, während der ganzen Zeit — es waren wohl so 7 oder 8 Wochen — habe ich keinen Pfennig Arbeitslosenhilfe gesehen, aber das Geld brauchte die Arbeitsverwaltung ja auch zur »Verstärkung des Außen-

¹ Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kam jüngst zu dem Ergebnis, daß in den Jahren 1977—80 in der BRD rund 5,1 Millionen Arbeitskräfte »freigesetzt« wurden, wie die Folge der Rationalisierung beschönigend umschrieben wird.

dienstes«, wie das heißt, d.h. zur Bespitzelung und Einschüchterung der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen, um — wie in meinem Fall auch — Druck auf uns auszuüben, damit wir uns auf solche Zumutungen wie ABM einlassen. In gewisser Weise verfehlte das auch bei mir nicht seine Wirkung. Dazu kam, daß ich nach zweijähriger Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgewirkungen (Isolation, Minderwertigkeitsgefühle wegen der ständigen Ablehnungen von Bewerbungen) froh war, überhaupt eine Arbeit angeboten zu bekommen, und mir auch noch die vom Senator für Arbeit und Soziales verbreiteten Illusionen z.T. zu eigen machte: Hoffnung auf Festübernahme von wegen Leistungsbeweis und so. Und so kam ich in ABM.

Und da merkte ich erst, worauf ich mich eingelassen hatte: Lohnabhängiger (im öffentlichen Dienst) vierter Klasse, unterbezahlt, ohne Rechte. Das merkte ich besonders, nachdem ich zum Vertrauensrat gewählt worden war und die Auseinandersetzungen mit dem Senator für Arbeit und Soziales angingen: vor allem ging es um die Erfüllung der Informationsverpflichtungen der Behörde den Interessenvertretern gegenüber, die ich arbeitsgerichtlich durchsetzen mußte, und um die Bewertung der Arbeitsplätze.

Zum üblichen Alkoholiker- und Asozialen- oder Arbeitsunwilligkeitsverdacht kam noch der ständige Krach mit den Vorgesetzten wegen des Zeitaufwandes für die Vertrauensratsstätigkeit. Und was ist dabei herausgekommen? Nun ja, mehrere tausend Mark mehr Lohn für die Kollegen meiner Einsatzdienststelle jeden Monat, und Erfahrungen im Kampf gegen das ABM-Programm.

Das wurde mir klar: ABM gehört abgeschafft, denn durch ABM werden weniger Planstellen eingerichtet, wird im Falle eines Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst wegen der (auch zeitlichen) Trennung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung der ABMler von der der Festbeschäftigten die Durchsetzungsfähigkeit aller Kollegen des öffentlichen Dienstes geschwächt.

Kurz: ABM erreicht das Gegenteil von dem, was es angeblich erreichen soll. ■

DGB-Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung

Über 30.000 in Dortmund

Wieder einmal — wie 1975 — waren die Jugendorganisationen der Einzelgewerkschaften initiativ geworden und hatten den DGB aufgefordert, eine Demonstration durchzuführen.

Durch den massiven Arbeitsplatzabbau und die Unternehmerangriffe in Form von Aussperrung in den letzten Tarifrunden bei Druck und Metall, war der DGB gezwungen, sich zu Wort zu melden. Einerseits mußte er den Unternehmern zeigen, daß er nicht bereit war, sich von ihnen den Stuhl unter dem Hintern wegziehen zu lassen, andererseits mußte er der Mitgliedschaft gegenüber seine Kampffähigkeit unter Beweis stellen.

So rief der DGB-Landesbezirk NRW zum 14. 10. 1978 zur Großdemonstration nach Dortmund unter dem Motto »Stop Arbeitslosigkeit — Stop Aussperrung« auf. Erwartet wurden 10—15000 Teilnehmer, die u. a. mit 350 Bussen anreisen sollten.

Unterschiedliche Mobilisierung durch die Einzelgewerkschaften

Plaketten und Aufkleber, Plakate und Aufrufe gab es in Hülle und Fülle. Doch blieben diese zum Teil in den Betriebsratsbüros, einmal sogar beim Ortsvorstand liegen. So war es wieder einmal den wenigen aktiven Kollegen in den Betrieben und Büros überlassen, die Belegschaften zu informieren. Einige Gewerkschaftsfunktionäre dagegen gingen ihren Alltagsgeschäften nach, als wenn diese Demonstration gar nicht existent wäre. So veranstaltete die IGBE-Bezirk Ruhr-Ost am selben Tag eine Funktionärsversammlung. Zahlreiche Gewerkschaftsschulungen wurden gerade an diesem Wochenende durchgeführt. Es gab Betriebsräte in der Chemie und im Bergbau, die auf ihren geplanten Ausflug nicht verzichten wollten. Die Mannesmannkollegen mußten um die

Erhöhung ihres von der Ortsverwaltung zugewiesenen Kontingents an Busplätzen kämpfen. Auf der Ordnerbesprechung in Dortmund erschienen nur rund 150 Kollegen, obwohl mehr als das Doppelte erwartet wurden. Es gab aber auch Bezirke, in denen konkrete Vorbereitungen zu dieser Demonstration getroffen wurden. Im Kölner Raum bekamen die Teilnehmer sogar Spesen ausgezahlt.¹

In dieser unterschiedlichen Bereitschaft, zur Demonstration zu mobilisieren, drückt sich die Situation der jeweiligen Einzelgewerkschaften aus. Während sich die IGBE noch auf soziale Absicherungsmaßnahmen gegenüber dem Arbeitsplatzabbau stützen kann, sieht sich vor allem die IG-Metall wachsenden Problemen ausgesetzt. Der massive Arbeitsplatzabbau und die niedrigen Lohnabschlüsse — besonders bei Stahl —, die zum größten Teil von dem unteren Funktionärskörper mitgetragen wurden, verstärkte innerhalb der Mitgliedschaft die Gewerkschaftsmüdigkeit. Dieses läßt sich auch an der schlechten Beitragsmoral ablesen. Hinzu kommt die Bedrohung durch Aussperrung in Baden-Württemberg (Tarifrunde 78) und jetzt in der Stahlindustrie.

Die hohe Teilnehmerzahl zeigt eine wachsende Bereitschaft der aktiven Kollegen

Die doppelte Anzahl der offiziell erwarteten Teilnehmer zeigte, daß den aktiven Kollegen die Frage des Arbeitsplatzabbaus auf den Nägeln brennt.

So demonstrierten die über 30000 Teilnehmer, die zum Teil mit rund 550 Bussen angereist waren, gegen die vielfältigen Probleme, mit denen sie sich im betrieblichen Alltagskampf auseinandersetzen haben und gaben der Demonstration ein buntes Bild. So wurden Pappcomputer als Arbeitsplatzfresser mitgebracht, Kollegen von BBC trugen ein Pappmodell ihrer Firma, in der Massenentlassungen vor der Tür standen; in einem Müllcontainer, der von Jugendlichen die ganze Zeit geschoben wurde, suchte ein Arbeitsloser nach Essen. Die ausländischen Gewerkschaftskollegen erschienen in folkloristischer Kleidung mit eigener Musik und stellten die gemeinsamen Interessen mit den deutschen Kollegen heraus. Dieser Ausdruck der persönlichen Betroffenheit spiegelte sich auch in den zahlreichen, in Eigeninitiative erstellten Transparenten wider.



Türkische Kolleginnen und Kollegen in ihren Landestrachten.

Das Bild wurde abgerundet durch die Teilnahme einer ganzen Reihe von älteren Kollegen. Alle Einzelgewerkschaften waren vertreten. Auch die Kollegen der »17. Säule« — der Polizeigewerkschaft — waren anwesend, allerdings nicht (sichtbar jedenfalls) unter den Demonstranten, sondern vielmehr mit Observierungsarbeiten beschäftigt, am Rande der Demonstration.

Der unerwartete Andrang am Sammelplatz verzögerte den Abmarsch um rund 1 Stunde, so daß einige Teilnehmer (darunter besonders ältere Kollegen) schon wieder murrend abzogen.

Der Demonstrationzug war 4 km lang, der Demonstra-

¹ In einem Kölner IG-Metall-Bus wurde diese Spesenauszahlung als Vergeudung von Gewerkschaftsgeldern angesehen. Die Kollegen sammelten das Geld wieder ein, um es den streikenden Fordarbeitern in England zu spenden.